

## **Gmünd wehrt sich gegen Spitalschließung: Juristischer Kampf entbrannt!**

In Gmünd protestieren Bürger gegen die geplante Schließung des Krankenhauses. Juristische Schritte und Gesundheitsreform im Fokus.



**Gmünd, Österreich** - In Gmünd eskaliert der Streit um die geplante Schließung des örtlichen Krankenhauses. Diese Entscheidung, die einen Ersatz durch eine Gesundheitsklinik vorsieht, sorgt für massiven Widerstand in der Bevölkerung und der Gemeindepolitik. Die örtlichen Entscheidungsträger haben sich nun dazu entschlossen, die juristische Gültigkeit des Übergabevertrags aus dem Jahr 2006 zu prüfen, der die Fortführung des Standorts als öffentliches Krankenhaus sichert. In dieser Debatte unterstützt die Bürgermeisterin Helga Rosenmayer (ÖVP) den SPÖ-Gemeinderat Thomas Miksch, der die Zusage für rechtsgültig hält, und fordert ein unabhängiges

Gutachten zur Klärung der Situation, wie **oe24** berichtet.

Das geplante Gesundheitszentrum, das ambulante Leistungen, moderne Diagnostik und einen Notarztstützpunkt bieten soll, wirft zahlreiche Fragen auf. Nach einem ersten Treffen mit dem Investor Hermann Hofmeister bleiben viele Unklarheiten. Insbesondere sieht Bürgermeisterin Rosenmayer die Gesundheitsklinik nicht als gleichwertigen Ersatz für das Krankenhaus. Auch die SPÖ-Bürgermeisterin Alexandra Weber stellt fest, dass eine Einrichtung ohne Betten keine stationäre Versorgung gewährleisten kann. Diese Bedenken spiegeln sich in den Protesten der Bürgerschaft wider: Rund 3.000 Menschen haben in Gmünd demonstriert, über 20.000 haben eine Petition unterschrieben. Plakate im gesamten Bezirk fordern den Erhalt des Krankenhauses und äußern zudem die Sorge in der tschechischen Nachbarstadt Česká Velenice über die Gefährdung ihrer Gesundheitsversorgung.

## **Überlastung des Gesundheitswesens**

Die Diskussion um die Schließung des Krankenhauses findet im Kontext einer umfassenden Gesundheitsreform in Österreich statt. Diese Reform, die die größte Strukturveränderung seit Jahrzehnten darstellt, hat das Ziel, eine hochwertige medizinische Versorgung sicherzustellen und den Herausforderungen im Gesundheitssystem zu begegnen. Ein zentraler Bestandteil dieser Reform ist der Finanzausgleich, der alle fünf Jahre neu verhandelt wird und dessen Beschluss im Parlament parallel zu den Reformmaßnahmen erfolgt, wie **sozialministerium.gv.at** erklärt.

Der Bund stellt bis 2028 jährlich über 2 Milliarden Euro für Gesundheit und Pflege bereit. In diesem Rahmen werden umfassende Maßnahmen ergriffen, um den niedergelassenen Bereich zu stärken, digitale Angebote auszubauen sowie die Gesundheitsförderung und Vorsorge zu intensivieren. Der Druck auf die bestehenden Strukturen ist enorm: Hohe Kosten durch überlastete Spitäler und der Bedarf an mehr Gesundheits- und

Pflegeleistungen sind zentrale Herausforderungen, die ohne Reform nicht zu bewältigen wären. Zudem beklagt das Gesundheitssystem einen Mangel an Kassenärzt:innen und lange Wartezeiten.

Das Landeskrankenhaus Zwettl, das laut Plan Gmünder Patienten übernehmen soll, ist bereits überlastet, was die Skepsis gegenüber der geplanten Umstrukturierung zusätzlich verstärkt. Während die Regierung versucht, in der Gesundheitsversorgung modernere und effizientere Ansätze zu etablieren, bleibt der Widerstand in Gmünd ein deutliches Zeichen für die Unzufriedenheit mit den derzeitigen Veränderungen und der Sorge um die zukünftige medizinische Versorgung der Region.

Details	
<b>Vorfall</b>	Regionales
<b>Ursache</b>	Widerstand gegen Krankenhaus-Schließung
<b>Ort</b>	Gmünd, Österreich
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.oe24.at">www.oe24.at</a></li><li>• <a href="http://noe.orf.at">noe.orf.at</a></li><li>• <a href="http://www.sozialministerium.gv.at">www.sozialministerium.gv.at</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**